ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kauder, Björn; Larin, Benjamin; Potrafke, Niklas

Working Paper

Was bringt uns die große Koalition? Perspektiven der Wirtschaftspolitik

ifo Working Paper, No. 172

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kauder, Björn; Larin, Benjamin; Potrafke, Niklas (2014) : Was bringt uns die große Koalition? Perspektiven der Wirtschaftspolitik, ifo Working Paper, No. 172, ifo Institute - Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich, Munich

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/96669

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

ifo Working Papers

Was bringt uns die große Koalition?
Perspektiven der Wirtschaftspolitik

Björn Kauder
Benjamin Larin
Niklas Potrafke

Januar 2014

Ifo Working Paper No. 172

Eine elektronische Version ist auf der ifo-Website www.cesifo-group.de zu finden.

Ifo Working Paper No. 172

Was bringt uns die große Koalition? Perspektiven der Wirtschaftspolitik

Dieser Aufsatz erscheint in den Perspektiven der Wirtschaftspolitik. Diese erweiterte Arbeitspapierversion enthält zusätzliche Abbildungen und Tabellen.

Abstract

Deutschland wurde bereits zweimal, 1966–1969 und 2005–2009, von einer großen Koalition regiert. Deskriptive Zeitreihenanalysen wirtschaftspolitischer Kennzahlen zeigen nicht auf, dass es unter diesen großen Koalitionen signifikante Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik gab. Qualitative Analysen zeigen jedoch, dass die erste große Koalition 1966-1969 die Staatstätigkeit ausgeweitet hat. Mit der im Dezember 2013 ins Amt gewählten Koalition scheint es ähnlich zu sein: Der Wechsel des Koalitionspartners der CDU/CSU von der FDP zur SPD lässt deutlich expansivere Wirtschaftspolitiken und eine Ausweitung der Staatstätigkeit erwarten.

JEL Code: D72, H7.
Keywords: Partisan politics, economic policy-making, grand coalition, Germany.

Björn Kauder
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München
Poschingerstraße 5
81679 München, Deutschland
Tel.: +49(0)89/9224-1331
kauder@ifo.de

Benjamin Larin
Universität Leipzig
Institut für theoretische Volkswirtschaftslehre
Makroökonomik
Grimmaische Straße 12
04109 Leipzig, Deutschland
larin@wifa.uni-leipzig.de

Niklas Potrafke
Universität München,
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München
Poschingerstr. 5
81679 München, Deutschland
Tel.: +49(0)89/9224-1319
potrafke@ifo.de

1. Einleitung

Seit Dezember 2013 wird Deutschland wieder von einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD regiert. Auf Bundesebene ist dies die dritte amtierende große Koalition nach den großen Koalitionen der Jahre 1966-1969 und 2005-2009. In diesem Beitrag thematisieren wir zunächst, ob sich wirtschaftspolitische Richtungswechsel unter den großen Koalitionen ergeben haben. Wenn die bisherigen großen Koalitionen signifikant andere Wirtschaftspolitiken als linke und rechte Bundesregierungen betrieben haben, könnte auf dieser Basis die erwartete Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen großen Koalition beschrieben werden. Wir analysieren zunächst Zeitreihen wirtschaftspolitischer Kennzahlen. Die Beobachtungszahl für große Koalitionen ist mit sieben Jahren jedoch gering, so dass sich anhand der quantitativen Zeitreihenanalyse nur bedingt Rückschlüsse auf die Wirtschaftspolitiken großer Koalitionen ziehen lassen. Deshalb beschreiben wir die Wirtschaftspolitiken der beiden bisherigen großen Koalitionen im Anschluss qualitativ. Die Erwartungen an die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen großen Koalition hängen selbstverständlich auch von den im Koalitionsvertrag vereinbarten und den im öffentlichen Diskurs diskutierten Maßnahmen ab. Dies schließen wir in unserem Ausblick auf die Perspektiven der Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen großen Koalition mit ein.

2. Theoretischer Hintergrund und verwandte empirische Literatur

2.1 Partisan-Theorien

Die Partisan-Theorien beschreiben, inwieweit linke und rechte Regierungen unterschiedliche Wirtschaftspolitiken betreiben (Hibbs, 1977; Alesina, 1987). In den Ausgangsmodellen wird die Ökonomie mittels der Phillips-Kurve, die den Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit (oder Wirtschaftswachstum gemäß Okuns Gesetz) darstellt, beschrieben. Dabei wird vereinfachend davon ausgegangen, dass Regierungen mittels Fiskal- und Geldpolitik einen beliebigen Punkt auf der Phillips-Kurve wählen können. Linke Regierungen

werden einen Zustand höherer Inflation und niedrigerer Arbeitslosigkeit bevorzugen. Rechte Regierungen werden hingegen niedrigere Inflation bevorzugen und entsprechend höhere Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen. Diese Politiken linker und rechter Regierungen ergeben sich aus den Präferenzen der traditionellen Wählerschaften linker und rechter Parteien: linke Parteien werden eher von weniger wohlhabenden, geringqualifizierten Bürgern gewählt und die rechten Parteien eher von wohlhabenderen, höher qualifizierten Bürgern. Die weniger wohlhabenden, geringqualifizierten Bürger scheuen sich stärker vor Arbeitslosigkeit als vor Inflation. Die wohlhabenderen, höher qualifizierten Bürger scheuen sich vor allem vor Inflation, weniger vor Arbeitslosigkeit, weil Inflation deren angespartes Vermögen schrumpfen lässt.

Die Ausgangsmodelle der Partisan-Theorien sind aus verschiedenen Gründen nur bedingt realitätstauglich. Selbstverständlich können Regierungen in der Realität keinen beliebigen Punkt auf der Phillips-Kurve wählen, denn sie können die Inflation nicht unmittelbar beeinflussen. Die Ausgangsmodelle der Partisan-Theorien ignorieren demnach, dass in der Realität die Zentralbanken die Geldpolitik betreiben und Politiker, wenn überhaupt, nur über Druck auf die Zentralbankräte oder entsprechende Entsendung parteipolitisch gebundener Zentralbankräte die Geldpolitik beeinflussen können (siehe z.B. Belke und Potrafke, 2012). Des Weiteren ist spätestens seit den 1970er bzw. 1980er Jahren klar, dass der durch die Phillips-Kurve beschriebene Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit, wenn überhaupt, nur in begrenztem Umfang besteht. Es ist demnach nicht möglich, dass Regierungen mittels permanent hoher Inflation die Arbeitslosigkeit gering halten können (vgl. bspw. Mankiw, 2009, S. 5). Außerdem haben sich in den letzten Jahrzehnten die politischen Spaltungslinien zwischen den Parteien (Geringqualifizierte und weniger Wohlhabende wählen linke Parteien, höher Qualifizierte und Wohlhabende wählen rechte Parteien) deutlich abgeschwächt.

Die Partisan-Theorien sind in den letzten Jahrzehnten vielfach erweitert und auf ganz verschiedene Politikfelder übertragen worden (zu neueren empirischen Studien siehe z.B. Belloc et al., im Erscheinen; Bortolotti et al., 2013; Herwartz und Theilen, im Erscheinen a und b; Potrafke, 2010; Brech und Potrafke, im Erscheinen). Die grundlegende Hypothese der Partisan-Theorien ist, dass linke Regierungen expansivere Politiken betreiben als rechte Regierungen, bzw. linke Regierungen einen größeren Einfluss des Staates in der Wirtschaftspolitik präferieren. Zu expansiven Politiken gehören beispielsweise höhere Staatsausgaben und Steuern, höhere Verschuldung sowie stärkere Regulierung von Arbeits- und Gütermärkten. Die theoretischen Modelle differenzieren nur zwischen linken und rechten Regierungen. Koalitionsregierungen aus einer linken und einer rechten Partei werden in den ursprünglichen Modellen der Partisan-Theorien nicht berücksichtigt. Dies dürfte u.a. darauf zurückzuführen sein, dass die ursprünglichen Partisan-Theorien durch Politiken in Ländern mit Zwei-Parteien-Systemen wie den Vereinigten Staaten motiviert wurden.

Von ideologischen Motiven abgesehen ist ex ante nicht klar, ob eine große Koalition die Staatstätigkeit ausweiten oder einschränken wird. Für das Ausweiten der Staatstätigkeit spricht die Koalitionsgröße: Folgt beispielsweise eine große Koalition auf eine Einparteienregierung, so sind nun vielfältigere politische Entscheidungsträger zu bedienen. Studien zum rent-seeking-Verhalten bzw. eigennützigem Politikerverhalten legen nahe, dass sich die Staatstätigkeit mit zunehmender Anzahl der Regierungsparteien erhöht (siehe z.B. Hillman, 2013), werden empirisch allerdings kaum bestätigt (siehe z.B. De Haan und Sturm, 1997; Volkerink und De Haan, 2001; Balassone und Giordano, 2001; Ricciuti, 2004; Ashworth und Heyndels, 2005; Schaltegger und Feld, 2009; De Haan et al., 2013; Dahl, im Erscheinen). In Ländern mit Mehrparteiensystemen wie Deutschland greift dieses Argument zum Wechsel von einer Einparteien- zu einer Zweiparteienregierung jedoch nur bedingt, weil auch linke und rechte Regierungen oftmals aus zwei Parteien bestehen (z.B. eine Koalition aus CDU/CSU und FDP oder SPD und Grünen). Darüber hinaus müssen in einer großen

Koalition im Vergleich zu einer Koalition aus einer Volkspartei und einem kleinem Koalitionspartner (z.B. ebenso eine Koalition aus CDU/CSU und FDP oder SPD und Grünen) sich stärker unterscheidende Entscheidungsträger zufrieden gestellt werden. Es müssen verschiedenste Wünsche der Koalitionspartner beachtet werden und so bietet es sich im Sinne des Stimmentausches (log-rolling) an, den Wünschen aller parteipolitischen Strömungen Genüge zu tun. Im 2013 gewählten Bundestag verfügen CDU/CSU und SPD zusammen über 79,9 Prozent der Sitze. In einem föderalen Staat mit parlamentarischem Zwei-Kammer-System kann einer großen Koalition entgegenkommen, wenn die Koalitionspartner die Mehrheit in beiden parlamentarischen Kammern haben. Verfügen die Koalitionspartner nicht nur im Bundestag sondern auch im Bundesrat über eine Zweidrittelmehrheit, können sie auch das Grundgesetz ändern.

Für das Einschränken der Staatstätigkeit spricht, dass die große Koalition über einen beträchtlichen Rückhalt in der Bevölkerung verfügt. Wenn also überhaupt unpopuläre wirtschaftspolitische Reformen durchgesetzt werden können, dann wohl am ehesten von einer Regierung, die einen Großteil der Bevölkerung hinter sich weiß. Zwar fokussieren auch die Parteien großer Koalitionen auf die nächste Wahl, doch bei einer großen Koalition wandern mutmaßlich weniger Wähler ab, da die andere Volkspartei „mit im Boot sitzt".[4] Insbesondere Wähler, denen stark ideologisch motivierte, polarisierende Politiker suspekt sind, werden Reformkurse von heterogen zusammengesetzten Regierungen unterstützen. Die Wähler wissen, dass die Regierungsmitglieder einer großen Koalition unterschiedliche Interessen haben und die große Koalition somit kein Reformszenario durchsetzen wird, das nur die Ideologie einer einzelnen Partei widerspiegelt (siehe Helm und Neugart 2013). Zudem verfügen die Oppositionsparteien über relativ wenige Sitze im Parlament, sodass der Bevölkerung medial weniger Kritik kommuniziert werden dürfte.

[4] Für Bundestagswahlen von 1987-2009 wurde gezeigt, dass die Kanzlerpartei von positiven Bewertungen der wirtschaftlichen Lage profitiert (vgl. Debus et al., 2013).

Im Ergebnis ist schwer zu beurteilen, welcher der beschriebenen Effekte überwiegt. Insofern tragen diese von Ideologiemotiven absehenden Effekte kaum dazu bei, Erwartungen über die Wirtschaftspolitiken großer Koalitionen zu formulieren.

Vielmehr lassen sich unter Einbezug ideologischer Motive bzw. der Erkenntnisse der Partisantheorien Erwartungen bezüglich der Wirtschaftspolitiken großer Koalitionen im Vergleich zu linken und rechten Regierungen bilden. In unserer empirischen Analyse werden wir folgende Hypothesen testen:

1. Große Koalitionen betreiben expansivere Wirtschaftspolitiken als rechte Regierungen.
2. Große Koalitionen betreiben restriktivere Wirtschaftspolitiken als linke Regierungen.

2.2 Einfluss von Regierungsideologie auf die deutsche Wirtschaftspolitik

In Deutschland hat Regierungsideologie einen geringen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik ausgeübt. Auf Bundesebene lassen sich Unterschiede zwischen CDU/CSU- und SPD-geführten Bundesregierungen nur in den 1970er und 1980er Jahren nachweisen. Die Sozialdemokraten weiteten die Staatstätigkeit in den 1970er Jahren deutlich aus. Die Christdemokraten betrieben in den 1980er Jahren restriktivere Politiken (dieses Muster geht mit Partisan-Wellen weltweit einher; z.B. gab es deutliche Politikwechsel unter Ronald Reagan ab 1981 in den Vereinigten Staaten und unter Margaret Thatcher ab 1979 in Großbritannien). Mit der Wiedervereinigung sind die Christdemokraten vom wirtschaftspolitisch restriktiven Kurs abgerückt. Die rot-grüne Bundesregierung 1998-2005 hat keine typisch linke, die Staatstätigkeit ausweitende Politik betrieben.[5]

[5] Zum Einfluss von Regierungsideologie auf Wirtschaftspolitik in Deutschland auf Bundesebene siehe z.B. Belke (1996, 2000), De Haan und Zelhorst (1993), Berger und Woitek (1997), Schmidt (1992, 2005) und Potrafke (2009, 2012).

In den deutschen Bundesländern haben linke und rechte Regierungen teilweise recht unterschiedliche Wirtschaftspolitiken betrieben.[6] Jüngstes Beispiel ist das Einführen und Abschaffen der Studiengebühren (vgl. Kauder und Potrafke, 2013). Im Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht den Bundesländern freigestellt, Studiengebühren zu erheben. Das Erheben von Studiengebühren ist eine von wenigen Möglichkeiten, welche den Landesregierungen (über die Hochschulen) zum Generieren von Einnahmen zur Verfügung steht. Die Ergebnisse von Kauder und Potrafke zeigen, dass nur konservativ geführte Landesregierungen in den deutschen Bundesländern Studiengebühren erhoben haben. Linke Regierungen haben nie Studiengebühren erhoben. Wenn linke Landesregierungen, wie in Hamburg, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, auf rechte Landesregierungen gefolgt sind, haben sie die Studiengebühren sofort abgeschafft. Die Studiengebühren sind ein Paradebeispiel für unterschiedliche Wirtschaftspolitiken CDU/CSU- und SPD-geführter Landesregierungen. Bereits in früheren Studien wurde gezeigt, dass CDU/CSU-geführte Landesregierungen mehr für Universitäten ausgegeben haben als SPD-geführte Landesregierungen (Oberndorfer und Steiner, 2007). Ebenso haben CDU/CSU-geführte Landesregierungen mehr Polizisten eingestellt als SPD-geführte Landesregierungen (Tepe und Vanhuysse, 2013). Die Ergebnisse von Jochimsen und Nuscheler (2011) und Jochimsen und Thomasius (2013) zeigen hingegen nicht, dass linke und rechte Regierungen in den deutschen Bundesländern unterschiedlich hohe Budgetdefizite gewählt haben. Bislang wurde nicht explizit empirisch untersucht, inwieweit große Koalitionen in den deutschen Bundesländern und auf Bundesebene andere Wirtschaftspolitiken als linke und rechte Regierungen betrieben haben.

[6] Als linke Regierungen definieren wir SPD-Alleinregierungen und Koalitionen der SPD mit den Grünen, der Partei DIE LINKE, dem SSW und/oder der FDP. Als rechte Regierungen definieren wir CDU/CSU-Alleinregierungen und Koalitionen der CDU/CSU mit der FDP.

3. Deskriptive Zeitreihenanalyse

Wie haben sich die Politikmaßnahmen der verschiedenen großen Koalitionen auf makroökonomische und finanzwissenschaftliche Kennzahlen ausgewirkt? Wie schneiden große Koalitionen im Vergleich zu anderen Regierungen ab? Wir betrachten ausgewählte Zeitreihen basierend auf den in Tabelle 1 dargestellten Quellen.[7] Insbesondere die makroökonomischen Kennzahlen, aber auch einige finanzwissenschaftliche Kennzahlen sind durch äußere Faktoren beeinflusst, die nicht die Regierungen verantworten. Dennoch können wir einen Eindruck gewinnen, wie große Koalitionen wirkten.

3.1 Die Entwicklung makroökonomischer Kennzahlen

Abbildung 1 zeigt wie sich die Wachstumsraten des realen BIP entwickelt haben. Zu Beginn der ersten großen Koalition waren die Wachstumsraten des BIP eingebrochen, ehe gegen Ende der ersten großen Koalition die Wachstumsraten des BIP auf Rekordhöhen anstiegen. Im Verlauf der zweiten großen Koalition zeigt sich ein umgekehrtes Bild. Die Wachstumsraten des BIP erreichten ihre höchsten Werte zu Beginn der Legislaturperiode, ehe die Finanzkrise zum größten Einbruch der Wachstumsraten seit der Weltwirtschaftskrise führte. Spalten (1) bis (3) in Tabelle 2 zeigen die Wachstumsraten des BIP unter verschiedenen Regierungstypen. In Zeiten großer Koalitionen lag die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP bei 2,3% und damit zwischen linken und rechten Regierungen, unter denen die durchschnittlichen Wachstumsraten des BIP 2,1% bzw. 2,9% betrugen.[8] Die Nullhypothese, dass die drei durchschnittlichen Wachstumsraten gleich sind, kann unter allen konventionellen Signifikanzniveaus nicht verworfen werden, wie Spalte (4) in Tabelle 2 zeigt.

---

[7] Einige Zeitreihen umfassen einen eingeschränkten Beobachtungszeitraum (vgl. Tabelle 1).

[8] Die vergleichsweise hohe durchschnittliche Wachstumsrate des BIP von 2,9% unter rechten Regierungen erklärt sich zum Teil aus der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Ende des zweiten Weltkriegs. Betrachtet man nur den Zeitraum 1966 bis 2012, sinkt die durchschnittliche Wachstumsrate rechter Regierungen auf 2,4%, während die durchschnittlichen Wachstumsraten linker Regierungen und großer Koalitionen unverändert bei 2,1% und 2,3% liegen (vgl. Tabelle 4).

Paarweise Vergleiche der Mittelwerte, wie in Spalten (5) bis (7) in Tabelle 2 dargestellt, zeigen, dass sich die durchschnittliche Wachstumsrate einer bestimmten Regierungsform nicht signifikant von der einer anderen Regierungsform unterscheidet.

Abbildung 2 zeigt, wie sich die Arbeitslosenquote entwickelt hat. In der ersten großen Koalition stieg die Arbeitslosigkeit zunächst spiegelbildlich zur Entwicklung des Wachstums des BIP an. Die Arbeitslosigkeit kehrte allerdings zum Ende der Legislaturperiode wieder auf ihr ursprüngliches Niveau zurück. Im Laufe der zweiten großen Koalition hat sich – ungeachtet der Finanzkrise – die Arbeitslosigkeit drastisch reduziert. Als Ursache für die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt wird regelmäßig auf die erfolgreiche Reformpolitik der vorangegangenen rot-grünen Regierung verwiesen. Auch konnte das Kurzarbeitergeld den Rückgang des Arbeitsvolumens kompensieren, ohne dass die Arbeitslosigkeit angestiegen ist. Tabelle 2 zeigt, dass die durchschnittliche Arbeitslosenquote unter großen Koalitionen mit 5,7% zwischen den durchschnittlichen Arbeitslosenquoten linker (5,6%) und rechter Regierungen (6,4%) lag.[9] Die Unterschiede der durchschnittlichen Arbeitslosenquoten sind nicht signifikant, weder bei Betrachtung aller drei Werte (siehe Spalte (4) in Tabelle 2), noch bei paarweiser Betrachtung von je zwei Mittelwerten (siehe Spalten (5) bis (7) in Tabelle 2). Spalten (1) bis (3) in Tabelle 3 zeigen, dass die Arbeitslosenquote unter großen Koalitionen um durchschnittlich 13,6% pro Jahr stieg. Unter linken Regierungen stieg die Arbeitslosenquote durchschnittlich um 15,6% pro Jahr, während sie unter rechten Regierungen um 5,4% zurückging. Die Nullhypothese, dass die Unterschiede der durchschnittlichen Wachstumsraten der Arbeitslosenquoten gleich Null sind, kann auf dem 10%-Signifikanzniveau verworfen werden, wie Spalte (4) in Tabelle 3 zeigt.

[9] Betrachtet man nur die Periode nach dem Wiederaufbau (1966-2012), erhöht sich die durchschnittliche Arbeitslosenquote unter rechten Regierungen auf 7,9% (vgl. Tabelle 4).

3.2 Die Entwicklung finanzwissenschaftlicher Kennzahlen

Abbildung 3 zeigt, wie sich die Steuerquote entwickelt hat. Die Steuerquote stieg gegen Ende der ersten großen Koalition kräftig an, nachdem sie zuvor stagnierte. Auch unter der zweiten großen Koalition stieg die Steuerquote deutlich an. Die Regierung hatte die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer erhöht. Erst gegen Ende der Legislaturperiode sank die Steuerquote wieder etwas. Die Entwicklung der Steuerquote korrespondiert mit den Wachstumsraten des BIP (vgl. Abbildung 1). Tabelle 2 zeigt, dass im Durchschnitt die Steuerquote großer Koalitionen bei 22,6% lag, und somit genau mittig zwischen linken (22,4%) und rechten Regierungen (22,8%). Die Steuerquote hat sich unter großen Koalitionen und unter linken und rechten Regierungen nicht signifikant voneinander unterschieden, wie die Ergebnisse der Varianzanalyse in Tabelle 2 zeigen. Tabelle 3 zeigt, dass die Steuerquote unter großen Koalitionen um durchschnittlich 2,0% pro Jahr stieg, während sie unter linken Regierungen leicht sank (-0.7%) und unter rechten Regierungen nahezu unverändert blieb (0,1%). Diese Unterschiede in den durchschnittlichen Wachstumsraten der Steuerquote sind nicht signifikant, wie die Spalten (4) bis (7) in Tabelle 3 zeigen.

Abbildung 4 zeigt die Ausgaben der Rentenversicherung als Anteil am BIP. Unter der ersten großen Koalition stiegen die Rentenausgaben in etwa demselben Tempo wie zuvor, jedoch wuchs das BIP deutlich langsamer. Somit erhöhte sich der Anteil der Rentenausgaben am BIP zunächst stärker als zuvor. Aufgrund der höheren Wachstumsraten des BIP gegen Ende der Legislaturperiode erreichten die Ausgaben der Rentenversicherung als Anteil am BIP am Ende der ersten großen Koalition wieder den gewohnten Pfad. Die zweite große Koalition konnte die Ausgaben der Rentenversicherung als Anteil am BIP dank hoher Wachstumsraten des BIP zunächst spürbar senken. Infolge der Finanzkrise stieg der Wert jedoch wieder an. Dennoch waren die Ausgaben der Rentenversicherung als Anteil am BIP am Ende der zweiten großen Koalition niedriger als zu Beginn. Tabelle 2 zeigt das erwartete Bild der Rentenpolitik für die verschiedenen Regierungstypen. Die großen Koalitionen lagen

mit Ausgaben der Rentenversicherung als Anteil am BIP von 9,1% zwischen linken (9,5%) und rechten Regierungen (8,5%). Die Nullhypothese, dass alle drei durchschnittlichen Ausgaben der Rentenversicherung als Anteil am BIP gleich sind, kann auf dem 10%-Signifikanzniveau verworfen werden (Spalte (4) in Tabelle 2). Die durchschnittlichen Ausgaben der Rentenversicherung als Anteil am BIP unterschieden sich signifikant zwischen linken und rechten Regierungen, nicht aber zwischen großen Koalitionen und rechten oder linken Regierungen (siehe Spalte (7) in Tabelle 2). Tabelle 3 zeigt keine signifikanten Unterschiede in der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der Ausgaben der Rentenversicherung als Anteil am BIP zwischen den drei verschiedenen Regierungstypen.

Abbildung 5 zeigt den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung als Anteil am BIP. Unter der ersten großen Koalition stieg der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung als Anteil am BIP zunächst kräftig an, konnte jedoch dank starker Wachstumsraten des BIP wieder unter das Niveau zu Beginn der Legislaturperiode zurückgeführt werden. Unter der zweiten großen Koalition zeigt sich ein umgekehrtes Bild. Zunächst konnte der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung als Anteil am BIP reduziert werden, stieg jedoch auch durch den Rückgang des BIP infolge der Finanzkrise wieder an. Tabelle 2 zeigt, dass der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung als Anteil am BIP unter großen Koalitionen mit 2,3% etwas höher lag als bei linken (2,0%) und rechten Regierungen (1,9%), wobei unter rechten Regierungen der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung als Anteil am BIP im Durchschnitt signifikant niedriger ist als bei großen Koalitionen. Diesem Ergebnis zufolge kann Hypothese 1, welche besagt, dass große Koalitionen expansivere Wirtschaftspolitiken als rechte Regierungen betreiben, nicht verworfen werden. Tabelle 3 zeigt, dass der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung als Anteil am BIP unter großen Koalitionen zurückging (durchschnittlich 1,2% pro Jahr), während er unter linken und rechten Regierungen stieg (1,2% bzw. 1,0%). Die Unterschiede in den durchschnittlichen

Veränderungen der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung als Anteil am BIP sind nicht signifikant, wie die Ergebnisse der Varianzanalyse in Tabelle 3 zeigen.

Abbildung 6 zeigt, wie sich die Staatsquote bezogen auf den Gesamtstaat entwickelt hat. 1967 stieg die Staatsquote deutlich an. Ursächlich hierfür war neben expansiverer Politik auch die negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit niedrigen oder gar negativen Wachstumsraten des BIP (vgl. Abbildung 1). Anschließend sank die Staatsquote jedoch wieder unter das Niveau zu Beginn der Legislaturperiode. Auch gegen Ende der zweiten großen Koalition stieg die Staatsquote aufgrund der Finanzkrise deutlich an. Zuvor war sie auf den niedrigsten Wert im Beobachtungszeitraum gesunken. Der Vergleich der Regierungstypen in Tabelle 2 zeigt, dass die Staatsquote bei großen Koalitionen mit 26,5% etwas niedriger lag als bei linken (28,1%) und rechten Regierungen (29,1%).[10] Hierbei ist die durchschnittliche Staatsquote großer Koalitionen signifikant kleiner als die durchschnittliche Staatsquote rechter Regierungen, wie Spalte (6) zeigt. Diesem Ergebnis zufolge müsste Hypothese 1 verworfen werden. Ein vorzeitiges Verwerfen der Hypothesen erscheint aber nicht sinnvoll, da die quantitativen Ergebnisse auf Grund der geringen Zahl an Beobachtungen bei großen Koalitionen und der unterschiedlichen exogenen Umweltbedingungen zwischen Regierungen verzerrt sein können. In Abschnitt 4 werden wir die vereinfachte quantitative Analyse um eine umfassende qualitative Betrachtung der Wirtschaftspolitiken großer Koalitionen ergänzen. Tabelle 3 zeigt, dass die Staatsquote unter großen Koalitionen zunahm (durchschnittliches jährliches Wachstum: 0,7%), während sie unter linken (-0,2%) und rechten Regierungen (-0,9%) sank. Die Unterschiede in den durchschnittlichen Wachstumsraten der Staatsquote sind nicht signifikant, wie die Spalten (4) bis (7) zeigen.

[10] Die Ausgaben der Sozialversicherung wurden erst ab 1974 zu den Staatsausgaben hinzugerechnet. Deswegen betrachten wir in den Tabellen 2 und 3 die Staatsquote *abzüglich* der Ausgaben der Sozialversicherung.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich auch in der gesamtstaatlichen Verschuldung als Anteil am BIP wider.[11] Abbildung 7 zeigt, dass die Verschuldung 1967 anstieg, um 1969 dank hoher Wachstumsraten des BIP und höherer Steuereinnahmen wieder abzunehmen. Die zweite große Koalition hinterließ insbesondere aufgrund der Finanzkrise höhere Schulden, nachdem im ersten Teil der Legislaturperiode die Verschuldung noch reduziert werden konnte.[12] Tabelle 2 zeigt, dass die gesamtstaatliche Verschuldung unter großen Koalitionen mit 47,5% deutlich höher lag als bei linken (37,7%) und rechten Regierungen (36,0%). Tabelle 3 zeigt, dass die Staatsverschuldung unter großen Koalitionen durchschnittlich um 1,6% pro Jahr stieg. Unter linken Regierungen stieg die Staatsverschuldung durchschnittlich um 3,8% pro Jahr, unter rechten Regierungen stieg sie um 1,9%. Die Unterschiede in der durchschnittlichen Verschuldung und in der durchschnittlichen Wachstumsrate der Verschuldung sind nicht signifikant, wie die Ergebnisse der Varianzanalysen in Tabelle 2 und 3 zeigen.

Bis circa Mitte der 1960er Jahre befand sich Deutschland in einer Phase des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Wiederaufbauphase erklärt zum einen fallende Arbeitslosenquoten und hohes Wirtschaftswachstum. Zum anderen hat Regierungsideologie in dieser Wiederaufbauphase eine geringere Rolle gespielt; Bürger und Politiker waren mehr an elementarer Bedürfnisbefriedigung als an parteipolitischer Auseinandersetzung interessiert. Vor diesem Hintergrund haben wir die deskriptiven Analysen nur für den Zeitraum 1966-2012 durchgeführt und die politisch weniger polarisierte Phase 1950-1965 außen vor gelassen. Die deskriptiven Statistiken sind kaum von denen für die gesamte Periode 1950-2012 verschieden. Tabelle 4 zeigt den Kennzahlenvergleich verschiedener Regierungstypen ab 1966, Tabelle 5 zeigt den Kennzahlenvergleich

[11] Zu Staatsverschuldung in Extrahaushalten siehe Reischmann (2014).
[12] Zur Schuldenpolitik der zweiten großen Koalition siehe auch Roos (2009, S. 407).

verschiedener Regierungstypen ab 1966 in Wachstumsraten. Die Abbildungen 8-14 zeigen die Entwicklung makroökonomischer und finanzwissenschaftlicher Kennzahlen ab 1966.

Die deskriptiven Zeitreihenanalysen liefern keine eindeutigen Ergebnisse in Bezug auf die Hypothesen 1 und 2. Belastbare Evidenz wäre durch ein gut spezifiziertes ökonometrisches Modell möglich, was auf Grund der geringen Beobachtungszahl schwerlich zu realisieren ist. Außerdem mag es Politikwechsel gegeben haben, die sich mittels der deskriptiven Zeitreihenanalyse nicht identifizieren lassen. Beispielsweise könnten sich einzelne Politikmaßnahmen, die von einer wirtschaftspolitischen Kennzahl erfasst werden, unter einer großen Koalition kompensiert haben. Zu bedenken ist auch, dass der Effekt bestimmter Wirtschaftspolitiken sich erst verspätet, nach Ablauf einer Legislaturperiode, in makroökonomischen Kennzahlen niederschlägt. Deshalb betrachten wir die Wirtschaftspolitiken der beiden bisherigen großen Koalitionen und die erwarteten Politiken der gerade ins Amt gewählten großen Koalition nun qualitativ.

4. Die drei großen Koalitionen: qualitative Analyse

4.1 Die große Koalition 1966-1969

Von 1949 bis 1966 regierten CDU/CSU-geführte Koalitionen (und eine CDU/CSU-Alleinregierung) die Bundesrepublik Deutschland. Im Dezember 1966 folgte während der fünften Legislaturperiode des deutschen Bundestages Kurt-Georg Kiesinger auf den zurückgetretenen Ludwig Erhard und wurde Bundeskanzler der ersten großen Koalition. Hat der Wechsel von der schwarz-gelben Bundesregierung zur großen Koalition zu einer expansiveren Wirtschaftspolitik geführt?

Der Beginn der großen Koalition war geprägt von hohen Inflationsraten und niedrigen Wachstumsraten des BIP.[13] Die Inflationsrate lag im Jahr 1966 bei 3,7%, nachdem

[13] Vgl. zu diesem Abschnitt Schmoeckel und Kaiser (1991).

sie bereits im Jahr 1965 bei 3,6% lag. Die Bundesbank verfolgte daraufhin eine kontraktive Geldpolitik. So gelang es bereits 1967, die Inflationsrate deutlich zu reduzieren. Doch das „Wirtschaftswunder“ geriet ins Stocken. Die Wachstumsrate des BIP brach insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 1966 und der ersten Jahreshälfte 1967 ein. Auch die Lage des Staatshaushalts verschlechterte sich. Wirtschaftsminister Karl Schiller startete daraufhin die „konzertierte Aktion“ mit Vertretern u.a. aus Regierung, Gewerkschaften und der Arbeitgeberseite, um Wege aus der Krise zu finden. Das Stabilitätsgesetz sollte das „magische Viereck“ aus Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und Wirtschaftswachstum sicherstellen: „Mit dem 1967 verabschiedeten Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz), einem keynesianischen Ansatz verpflichtet und von seinen Vätern als ‚Meilenstein in der Entwicklung der Wirtschaftspolitik‘ gefeiert, schuf schließlich die Regierung der großen Koalition die Grundlage für den Kurswechsel“ (Abelshauser, 2004, S. 410). Man hielt einen geglätteten Konjunkturverlauf für wirtschaftspolitisch machbar; die große Koalition setzte auf Nachfragesteuerung mit antizyklischer Haushalts- und Finanzpolitik („Globalsteuerung“). Auch ein Konjunkturrat wurde eingesetzt. Besonders umstritten war zwischen den Koalitionsparteien die Frage, ob infolge der internationalen Währungskrise die Deutsche Mark aufgewertet werden sollte. Letztlich konnten sich die Gegner der Aufwertung durchsetzen. Die einzelnen finanzpolitischen Maßnahmen waren gekennzeichnet durch den Zielkonflikt zwischen Budgetausgleich und Konjunkturpolitik. Ausgabenseitig wurden Kürzungen um 2,5 Mrd. DM vorgenommen sowie Steuervergünstigungen im Volumen von 1,1 Mrd. DM abgebaut. Einnahmenseitig wurde die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt erhöht, und es wurde eine Ergänzungsabgabe für „Besserverdienende“ auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer von 3% eingeführt. Als konjunkturpolitischer Stimulus wurden Anfang 1967 die öffentlichen Investitionen um 2,5 Mrd. DM erhöht (1. Konjunktur-programm). Zudem wurde ein Straßenbauprogramm von 18 Mrd. DM für vier Jahre

verabschiedet. Im August 1967 folgte das 2. Konjunkturprogramm im Umfang von 2,8 Mrd. DM auf Bundesebene und 1,5 Mrd. DM auf Ebene der Länder und Kommunen.

Die Sozialpolitik war trotz der schwierigen Haushaltslage zu Beginn der Legislaturperiode durch einen weiteren Ausbau des Sozialstaats gekennzeichnet. In der Rentenpolitik wurde weiterhin ein expansiver Kurs verfolgt. So wurden u.a. die Renten für Kriegsopfer dynamisiert und um knapp 1 Mrd. DM erhöht. Das Rentenniveau stieg wie in den Jahren zuvor auch 1967 und 1968 jeweils um etwa 8%. Auch die Arbeitsmarktpolitik wurde zugunsten der Interessen von Arbeitnehmern umgestaltet. So wurde 1969 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingeführt. Zudem wurde der Kündigungsschutz ausgebaut und das Arbeitslosengeld erhöht.

Die große Koalition konnte sich während ihrer gesamten Dauer auf eine eigene Bundesratsmehrheit stützen. Das Verabschieden von Zustimmungsgesetzen erforderte daher keine Kompromisse mit der FDP. Das Verabschieden neuer Gesetze war für die große Koalition somit wesentlich einfacher und ohne Rücksicht auf die Opposition möglich. Im Vergleich zur schwarz-gelben Vorgängerregierung hat die große Koalition unter Kurt-Georg Kiesinger eine expansivere Wirtschaftspolitik betrieben.

4.2 Die große Koalition 2005-2009

Am 22. November 2005 wurde Angela Merkel als Bundeskanzlerin der großen Koalition gewählt. Hat der Wechsel von der rot-grünen Bundesregierung zur großen Koalition zu einer restriktiveren Wirtschaftspolitik geführt? Die große Koalition 2005-2009 unter Bundeskanzlerin Angela Merkel stand unter dem Eindruck der umfassenden Reformen der rot-grünen Vorgängerregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder sowie der Finanzkrise ab 2007 (vgl. Zohlnhöfer, 2009a). Infolge der „Agenda-Politik“ der rot-grünen Regierung kam es zu einem Erstarken des politisch linken Lagers. Beispielsweise fusionierten im Jahr 2007 die ostdeutsche PDS und die westdeutsche WASG zur neuen Partei DIE LINKE. Die

große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel führte Reformen durch, die der Verschiebung des Parteienspektrums nach links Rechnung trugen. Einige Reformen trugen jedoch auch die Handschrift marktorientierter Kräfte.

Im Bereich der Finanzpolitik kam es zu zahlreichen Steuererhöhungen. Die markantesten Reformen waren die Erhöhung der Umsatzsteuer um drei Prozentpunkte auf 19% und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer um ebenfalls drei Prozentpunkte auf 45% („Reichensteuer"). Des Weiteren wurden Steuervergünstigungen reduziert, z.B. wurde der Sparerfreibetrag verringert und die Eigenheimzulage abgeschafft. Somit konnte, begünstigt durch eine positive wirtschaftliche Entwicklung bis zum Beginn der Finanzkrise, eine Verringerung der Neuverschuldung erreicht werden. Jedoch kam es auch zu Steuersenkungen. So wurde die Körperschaftsteuer um zehn Prozentpunkte auf 15% gesenkt. Zudem wurde die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge auf 25% festgesetzt. Nach dem Ausbruch der Finanzkrise kam es jedoch zu einem massiven Anstieg der Staatsverschuldung durch ein (teilweise nicht defizitwirksames) Erhöhen der Neuverschuldung. Ein „Rettungsschirm" für Banken wurde aufgespannt, und auch das Ausweiten der Kurzarbeit erhöhte die roten Zahlen.

Die Arbeitsmarktpolitik war noch gekennzeichnet durch die Reformen der vorangegangenen rot-grünen Regierung. Zwar wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung deutlich gesenkt, darüber hinaus führte die große Koalition jedoch eine weitere Regulierung der Arbeitsmärkte durch, und entkräftete somit auch teilweise die Reformen der rot-grünen Regierung. Beispielsweise wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I für ältere Arbeitslose wieder erhöht. Zudem wurde die Zahl der Branchen mit Mindestlöhnen durch das Ausweiten des Geltungsbereichs des Arbeitnehmerentsendegesetzes erhöht.

Im Bereich der Rentenpolitik war die bedeutendste Reform die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Rentenkürzungen, die nach Maßgabe der Rentenanpassungsformel angezeigt gewesen wären, sollten zudem ausgeschlossen werden. Eine

weitere bedeutende sozialpolitische Reform war die Gesundheitsreform. Die aus einem einheitlichen Beitragssatz folgenden Einnahmen fließen seitdem in einen Gesundheitsfonds. Die Krankenkassen erhielten zudem die Möglichkeit, Zusatzbeiträge zu erheben oder Prämien auszuschütten. Mit dem Einführen des Elterngeldes sowie dem Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren kam es auch zu markanten Änderungen in der Familienpolitik.

Die etwas expansivere Wirtschaftspolitik der großen Koalition im Vergleich zur rot-grünen Vorgängerregierung liegt in mehreren Faktoren begründet. Die Parteibasis der SPD zeigte sich deutlich unzufrieden über die Agenda-Politik und forderte eine Rückbesinnung auf sozialdemokratische Politik. Das aus der Agenda-Politik folgende Erstarken politischer Kräfte links der SPD erforderte auch aus taktischen Gründen einen Linksschwenk der Koalition. Während die Oppositionsparteien links der großen Koalition 104 Sitze im Bundestag einnahmen, gab es auf der anderen Seite lediglich die FDP mit 61 Sitzen. Die von links ausgehende Gefahr für die SPD war somit deutlich größer als die für die Unionsparteien von der FDP ausgehende Gefahr. Die Unionsparteien, deren wirtschaftspolitisches Profil bereits damals zunehmend schwerer zu erkennen war, folgten somit bereitwillig der sozialdemokratischen Politik. Die längste Zeit ihrer Legislaturperiode konnte die große Koalition dabei auf eine eigene Mehrheit im Bundesrat zurückgreifen.[14] Erst nach der Landtagswahl in Hessen Anfang 2009 war die große Koalition auf kleinere Parteien angewiesen, um Zustimmungsgesetze verabschieden zu können (vgl. Zohlnhöfer, 2009b). Für eine ausführliche qualitative Bewertung der Wirtschaftspolitik der großen Koalition von 2005-2009 siehe Egle und Zohlnhöfer (2010).

[14] Zur Rolle des Bundesrats bei großen Koalitionen siehe bspw. Leunig (2005).

4.3 Die große Koalition ab 2013

Der Koalitionsvertrag der neuen großen Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel ist durch einen deutlichen Ausbau der Staatstätigkeit gekennzeichnet. Die Koalitionsparteien einigten sich auf das Einführen eines flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Euro. Zukünftige Erhöhungen des Mindestlohns werden nicht nach Maßgabe einer Formel, sondern von einer Kommission festgelegt. Leiharbeitnehmer dürfen nur noch 18 Monate auf einer Stelle eingesetzt werden, wobei nach neun Monaten die gleiche Bezahlung für Leiharbeiter und Stammbelegschaft einsetzt.[15]

Umfassende Reformen betreffen zudem die Rentenpolitik. Hier kommt es auf Wunsch beider Koalitionsparteien zum Einführen einer Lebensleistungsrente von 850 Euro nach 35 (ab 2024: 40) Beitragsjahren. Mütter von vor 1992 geborenen Kindern erhalten nun pro Kind zwei Jahre anstelle von einem Jahr als Erziehungszeit angerechnet. Des Weiteren kommt die Möglichkeit des vorzeitigen Renteneintritts ohne Abschläge im Alter von 63 Jahren bei Vorliegen von 45 Versicherungsjahren hinzu. Auch die Rente bei voller Erwerbsminderung wird erhöht. In der Gesundheitspolitik können die Krankenkassen den Beitragssatz wieder selbst festlegen. Die erst 2007 von der letzten großen Koalition eingeführte Möglichkeit des Erhebens eines Zusatzbeitrags entfällt somit.

Der zu erwartende kräftige Anstieg der Staatsausgaben wird zunächst nicht von Steuererhöhungen begleitet. Lediglich über steigende (oder wie im Fall der Rentenversicherung nicht sinkende) Beitragssätze zu den Sozialversicherungen können Mehreinnahmen erwartet werden. Darüber hinaus werden die Ausgabensteigerungen wohl über einen Anstieg der Neuverschuldung und das Aufbrauchen von Rückstellungen in den Sozialversicherungen finanziert. Das Einhalten des beabsichtigten Pfads des Schuldenabbaus

---

[15] Rechtliche Konsequenzen bei einem länger als 18 Monate andauernden Einsatz eines Leiharbeitnehmers sind nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts jedoch nicht vorgesehen (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Dezember 2013, S. 9).

ist somit gefährdet. Für den Rückgang des Anteils der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt wird allein auf Wirtschaftswachstum gesetzt.

Während die große Koalition 2005-2009 auf eine rot-grüne Regierung folgte, löst die große Koalition 2013 eine schwarz-gelbe Regierung ab. Aufgrund der neuen Parteienkomposition ist somit gemäß der aus den Partisan-Theorien abgeleiteten Hypothese 1 eine expansivere Wirtschaftspolitik zu erwarten. Zwar hatte die FDP in der schwarz-gelben Vorgängerregierung kaum Akzente setzen können; selbst der häufig der FDP zugeschriebene ermäßigte Umsatzsteuersatz für das Hotelgewerbe wurde ebenso sehr auf Betreiben der CSU eingeführt. Doch gelang es der FDP zumindest dem Anschein nach den Ausbau des Wohlfahrtsstaates zu verhindern. Mit dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag verbleiben lediglich linke Parteien in der Opposition, wodurch ein stärkerer Linksschwenk (aus taktischen Motiven) als bei der letzten großen Koalition zu erwarten ist. Von anderen bürgerlichen Parteien droht den Unionsparteien derzeit keine Gefahr. Dies gilt ungeachtet der bürgerlichen Mehrheit im Wahlergebnis (nicht aber in der Sitzverteilung des Bundestags) der Bundestagswahl 2013.

Ein weiterer Grund des zu erwartenden Linksschwenks in der Wirtschaftspolitik liegt in der fehlenden eigenen Mehrheit der großen Koalition im Bundesrat. Die große Koalition benötigt somit die Zustimmung von Landesregierungen mit Beteiligung der Grünen, um Zustimmungsgesetze durch den Bundesrat zu bringen.[16] Eine dezidiert expansive Wirtschaftspolitik sichert die Möglichkeit der Zustimmung der Grünen. Auch dies begründet eine expansivere Wirtschaftspolitik der zweiten großen Koalition unter Angela Merkel im Vergleich zu ihrer ersten großen Koalition. Die große Koalition wird dabei mindestens bis zu den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im Herbst 2014 auf die Zustimmung der Grünen im Bundesrat angewiesen sein.

[16] Auch die gleichzeitige Zustimmung der rot-roten Regierung Brandenburgs und der schwarz-gelben Regierung Sachsens würde ausreichen. Die gleichzeitige Überzeugung der Linkspartei in Brandenburg und der FDP in Sachsen erscheint jedoch unwahrscheinlich.

Die Struktur der Koalitionsverhandlungen mag ebenso eine expansivere Politik der neuen großen Koalition begründen. Bei den Koalitionsverhandlungen 2005 umfasste die sogenannte große Verhandlungsrunde 32 Teilnehmer, die Verhandlungen wurden mithin „im kleinen Kreis“ durchgeführt, sodass eine nur vergleichsweise kleine Zahl an Politikern ihre (Ausgaben-)Präferenzen einbringen konnte. Bei den Koalitionsverhandlungen 2013 hingegen umfasste die große Verhandlungsrunde 75 Teilnehmer; zusammen mit den Arbeitsgruppen waren rund 300 Politiker beteiligt. Dabei waren insbesondere auch zahlreiche Vertreter aus den Bundesländern zugegen, welche ihre eigenen Interessen zu artikulieren wussten. Implizit saßen auch 470.000 SPD-Mitglieder mit am Verhandlungstisch. Die Sozialdemokraten hatten frühzeitig angekündigt eine Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag durchzuführen. Durch die Notwendigkeit der Zustimmung durch die SPD-Mitglieder konnten die Unionsparteien erfolgreich unter Druck gesetzt werden: Aufgrund der Skepsis vieler SPD-Mitglieder bezüglich einer großen Koalition und der damit verbundenen drohenden Ablehnung des Koalitionsvertrags mussten die Unionsparteien zahlreiche Kernforderungen der SPD akzeptieren.

Der Unterschied zwischen den großen Koalitionen mag ebenso im „linken Zeitgeist“ begründet sein: die Finanzkrise ab 2007 führte zu einer Bewegung der politischen Präferenzen und folglich der Parteienlandschaft nach links.[17]

5. Fazit

Deutschland wurde bereits zweimal, 1966-1969 und 2005-2009, von einer großen Koalition regiert. Deskriptive Zeitreihenanalysen wirtschaftspolitischer Kennzahlen zeigen nicht auf, dass es unter diesen großen Koalitionen signifikante Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik gegeben hat. Qualitative Analysen zeigen jedoch, dass die erste große Koalition 1966-1969

[17] Zur Abkehr der Unionsparteien von einem markt-orientierten Kurs und der Reformpolitik der schwarz-gelben Regierung 2009-2013 vgl. Zohlnhöfer (2014).

die Staatstätigkeit ausgeweitet hat. Mit der im Dezember 2013 ins Amt gewählten großen Koalition scheint es ähnlich zu sein: Der Wechsel des Koalitionspartners der CDU/CSU von der FDP zur SPD lässt eine deutlich expansivere Wirtschaftspolitik und eine Ausweitung der Staatstätigkeit erwarten.

Warum haben sich CDU/CSU darauf eingelassen, in Zukunft eine deutlich expansivere Wirtschaftspolitik umzusetzen? Die Rentenvorhaben der Großen Koalition waren ein zentraler Aspekt der Koalitionsverhandlungen. Rentner sind schon seit Jahrzehnten eine wichtige Wählerklientel von CDU/CSU. Die Rentenvorhaben sind somit als Geschenk an die treuen Unterstützer der Union zu verstehen. Darüber hinaus hat der wirtschaftsnahe Flügel der Union im Laufe der letzten Jahre drastisch an innerparteilichem Einfluss verloren. So fiel es den Vertretern der Sozialausschüsse und den vielen auf die nächste Wahl schielenden Unions-Politikern leicht, Partei und Fraktion auf Mindestlohn-Kurs zu trimmen. Innerparteilich vermochte es niemand zu vermitteln, dass aller Voraussicht nach Mindestlöhne Beschäftigung (in jedem Fall in den östlichen Bundesländern) reduzieren, die Inflation anheizen und Schwarzarbeit beflügeln werden, oder zumindest an alte Prinzipien zu erinnern, dass die Lohnfindung den Tarifpartnern und nicht dem Staat obliegt.

Danksagung

Wir danken Werner Abelshauser, Marc Debus, Reimut Zohlnhöfer und einem anonymen Gutachter für sehr hilfreiche Kommentare.

Literatur

Abelshauser, W. (2004), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, C. H. Beck, München.

Alesina, A. (1987), Macroeconomic policy in a two-party system as a repeated game, *Quarterly Journal of Economics* 102, 651-678.

Ashworth, J. und B. Heyndels (2005), Government fragmentation and budgetary policy in ”good” and ”bad” times in Flemish municipalities, *Economics & Politics* 17, 245-263.

Balassone, F. und R. Giordano (2001), Budget deficits and coalition governments, *Public Choice* 106*,* 327-349.

Belloc, F., A. Nicita und S. M. Sepe (im Erscheinen), Disentangling liberalization and privatization policies: Is there a political trade-off? *Journal of Comparative Economics.*

Belke, A. (1996), *Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie*, Mohr-Siebeck-Verlag, Tübingen.

Belke, A. (2000), Partisan political business cycles in the German labour market? Empirical tests in the light of the Lucas-critique, *Public Choice* 104, 225-283.

Belke, A. und N. Potrafke (2012), Does government ideology matter in monetary policy? A panel data analysis for OECD countries, *Journal of International Money and Finance* 31*,* 1126-1139.

Berger, H. und U. Woitek (1997), Searching for political business cycles in Germany, *Public Choice* 91*,* 179-197.

Bortolotti, B., C. Cambini und L. Rondi (2013), Reluctant privatization, *Journal of Comparative Economics* 41, 804-828.

Brech, V. und N. Potrafke (im Erscheinen), Donor ideology and types of foreign aid, *Journal of Comparative Economics*.

Dahl, C. H. (im Erscheinen), Parties and institutions: empirical evidence on veto players and the growth of government, *Public Choice.*

De Haan, J. und D. Zelhorst (1993), Positive theories of public debt: Some evidence for Germany, in: H.A.A. Verbon und F.A.A.M. van Winden (Hrsg.), *The political economy of government debt*, Elsevier Science Publishers B. V., Amsterdam, 295-306.

De Haan, J., R. Jong-A-Pin und J. O. Mierau (2013), Do budgetary institutions mitigate the common pool problem? New empirical evidence for the EU, *Public Choice* 156*,* 423-441.

Debus, M., M. Stegmaier und J. Tosun (2013), Economic Voting under Coalition Governments: Evidence from Germany, *Political Science Research and Method* 1, 1-19.

Egle, C. und R. Zohlnhöfer (Hrsg.) (2010), *Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009*, VS Verlag, Wiesbaden.

Helm, C. und M. Neugart (2013), Coalition governments and policy reform with asymmetric information, *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 169*,* 383-406.

Herwartz, H. und B. Theilen (im Erscheinen a), Health care and ideology: A reconsideration of political determinants of public health care funding in the OECD, *Health Economics*.

Herwartz, H. und B. Theilen (im Erscheinen b), Partisan influence on social spending under market integration, fiscal pressure and institutional change, *European Journal of Political Economy*.

Hibbs, D. A. Jr. (1977), Political parties and macroeconomic policy, *American Political Science Review* 71, 1467-1487.

Hillman, A. L. (2013), Rent seeking, in: M. Reksulak, L. Razzolini und W. F. Shughart II (Hrsg.), *The Elgar Companion to Public Choice* (2nd Edition), Edward Elgar, Cheltenham.

Jochimsen, B. und R. Nuscheler (2011), The political economy of the German Länder deficits: weak governments meet strong finance ministers, *Applied Economics* 43, 2399-2415.

Jochimsen, B. und S. Thomasius (im Erscheinen), The perfect finance minister: Whom to appoint as finance minister to balance the budget, *European Journal of Political Economy*.

Kauder, B. und N. Potrafke (2013), Government ideology and tuition fee policy: Evidence from the German states, *CESifo Economic Studies* 59, 628-649.

Leunig, S. (2005), Länder haben eigene Interessen – Bundesrat und Bundesregierung im Zeichen der Großen Koalition, *Das Parlament* 55, 11.

Mankiw, N. G. (1990), A quick refresher course in macroeconomics, *Journal of Economic Literature* 28, 1645-1660.

Oberndorfer, U. und V. Steiner (2007), Generationen- oder Parteienkonflikt? Eine empirische Analyse der deutschen Hochschulausgaben, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 8, 165-183.

Potrafke, N. (2009), *Konvergenz in der deutschen Finanz- und Sozialpolitik?* LIT, Hamburg/Münster.

Potrafke, N. (2010), The growth of public health expenditures in OECD countries: Do government ideology and electoral motives matter? *Journal of Health Economics* 29, 797-810.

Potrafke, N. (2012), Is German domestic social policy politically controversial? *Public Choice* 153, 393-418.

Reischmann, M. (2014), Staatsverschuldung in Extrahaushalten: Historischer Überblick und Implikationen für die Schuldenbremse in Deutschland, *Mimeo.*

Ricciuti, R. (2004), Political fragmentation and fiscal outcomes, *Public Choice* 118*,* 365-388.

Roos, M. W. M. (2009), Die deutsche Fiskalpolitik während der Wirtschaftskrise 2008/2009, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 10, 389-412.

Schaltegger, C. A. und L. P. Feld (2009), Do large cabinets favor large governments? Evidence on the fiscal commons problem for Swiss Cantons, *Journal of Public Economics* 93, 35-47.

Scheffé, H. (1953), A method for judging all contrasts in the analysis of variance, *Biometrika* 40, 87-110.

Schmidt, M. G. (1992), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland*, Leske + Budrich, Opladen.

Schmidt, M. G. (2005), *Sozialpolitik in Deutschland*, 3. Ausgabe, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Schmoeckel, R. und B. Kaiser (1991), *Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen,* Bouvier Verlag, Bonn.

Sturm, J.-E. und J. de Haan (1997), Political and economic determinants of OECD budget deficits and government expenditures: A reinvestigation, *European Journal of Political Economy* 13*,* 739-750.

Tepe, M. und P. Vanhuysse (2013), Cops for hire? The political economy of police employment in the German states, *Journal of Public Policy* 33, 165-199.

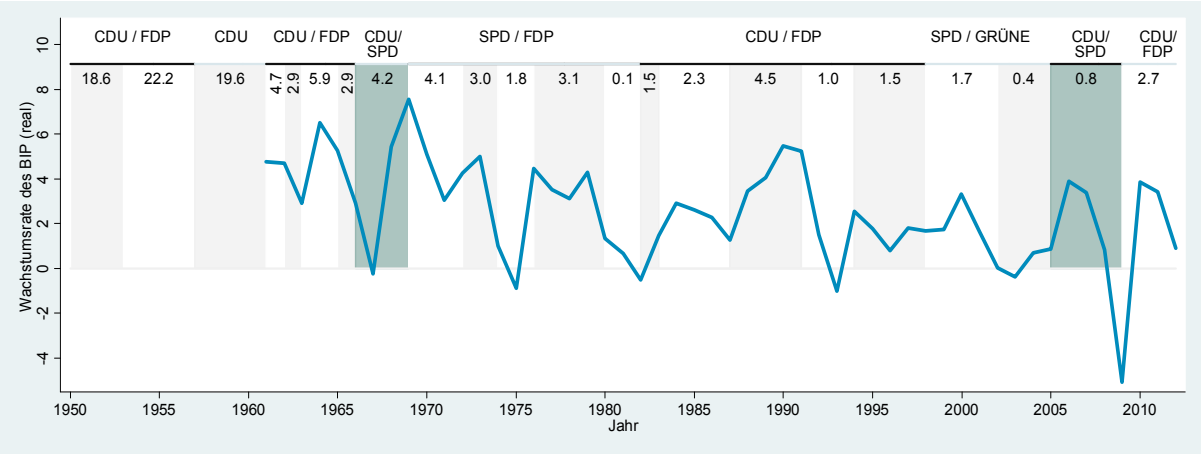
Volkerink, B. und J. de Haan (2001), Fragmented government effects on fiscal policy: New evidence, *Public Choice* 109*,* 221-241.

Zohlnhöfer, R. (2009a), „Koalition der neuen Möglichkeiten“ oder Interregnum auf dem Weg zu passenden Mehrheiten? *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik*, 201-213.

Zohlnhöfer, R. (2009b), Große Koalition: Durchregiert oder im institutionellen Dickicht verheddert? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 38, 9-14.

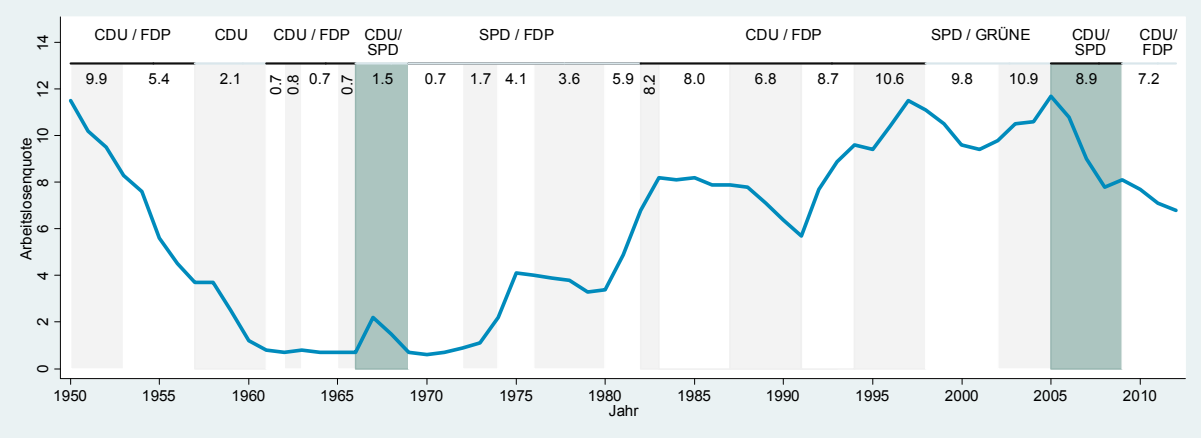
Zohlnhöfer, R. (2014), Eine zu spät gekommene Koalition? Die Bilanz der wirtschafts- und sozialpolitischen Reformtätigkeit der zweiten Regierung Merkel, in: E. Jesse und R. Sturm (Hrsg.), *Bilanz der Bundestagswahl 2013 – Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*, Nomos, Baden-Baden.

Abbildung 1: Wachstumsrate des BIP (real; 1961-2012)



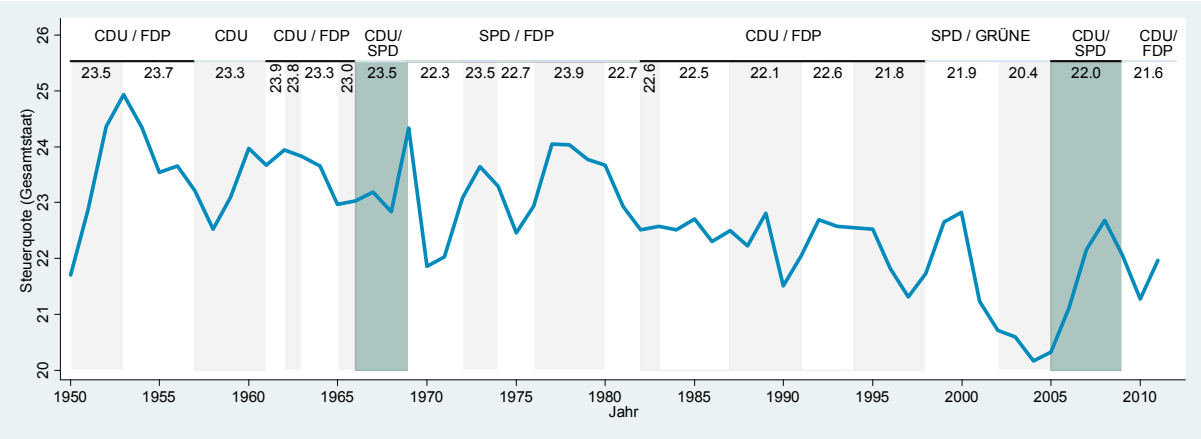
Quelle: Datastream: Main Economic Indicators, OECD[18]

Abbildung 2: Arbeitslosenquote (1950-2012)



Quelle: Datastream: Bundesagentur für Arbeit

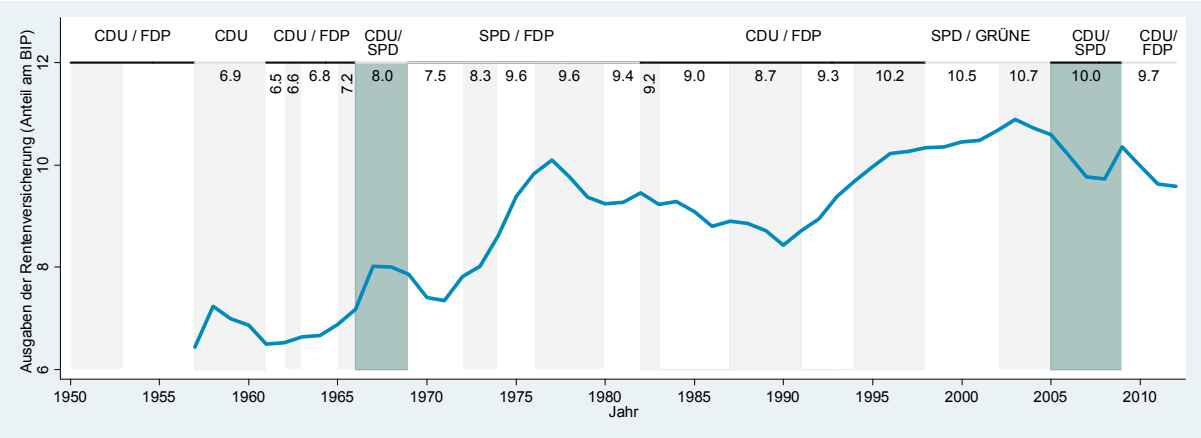
Abbildung 3: Steuerquote (Gesamtstaat; 1950-2011)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Sachverständigenrat, Kassenmäßige Steuereinnahmen

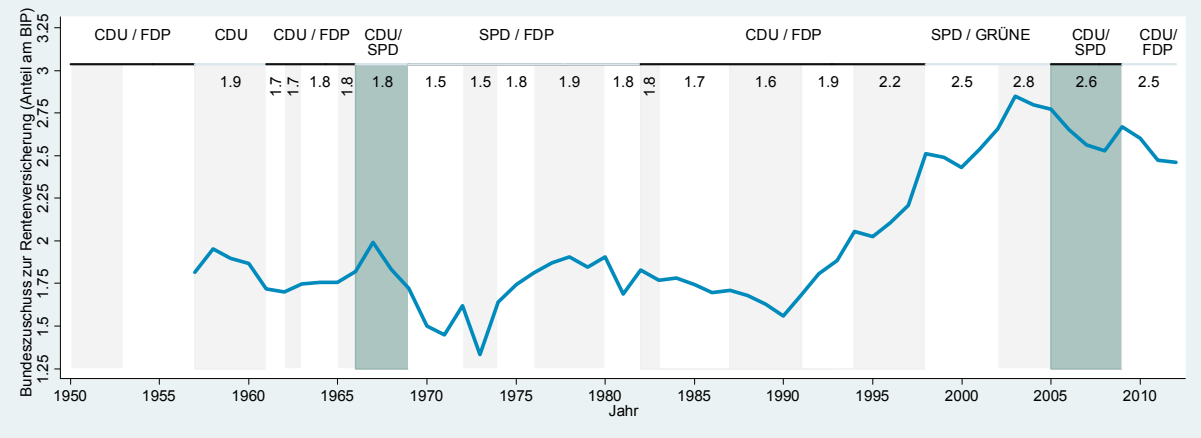
[18]Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden Parteien wie CSU, DP und BHE nicht namentlich dargestellt.

Abbildung 4: Ausgaben der Rentenversicherung (Anteil am BIP; 1957-2012)



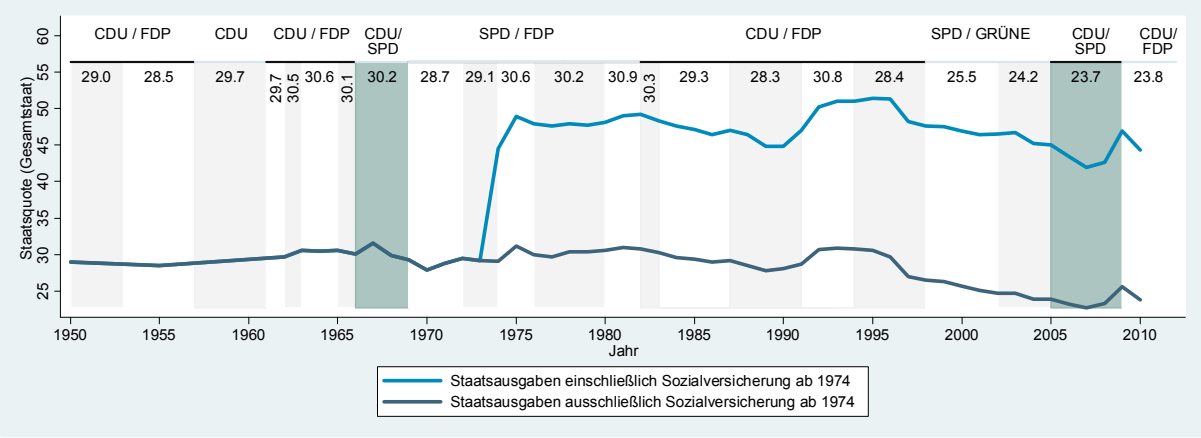
Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Abbildung 5: Bundeszuschuss zur Rentenversicherung (Anteil am BIP; 1957-2012)



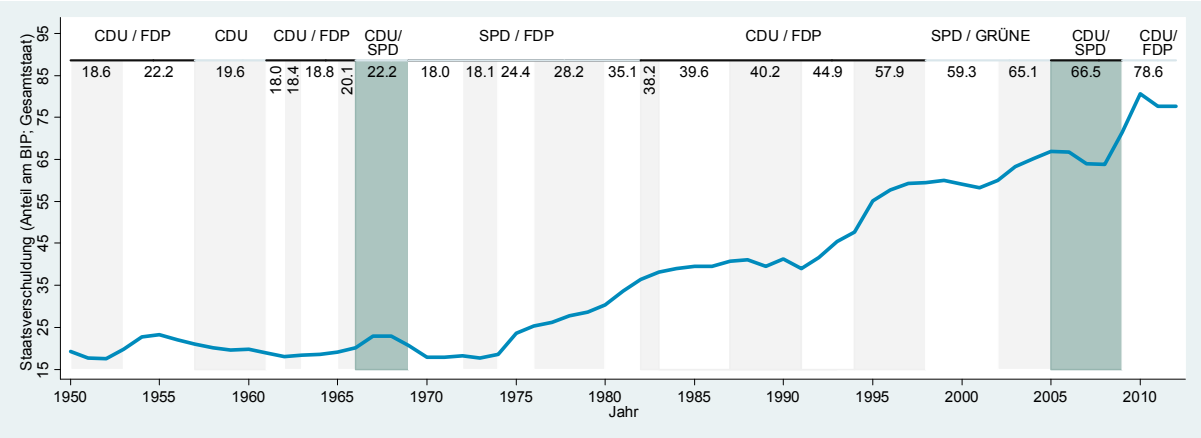
Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Abbildung 6: Staatsquote (Gesamtstaat; 1950-2010)



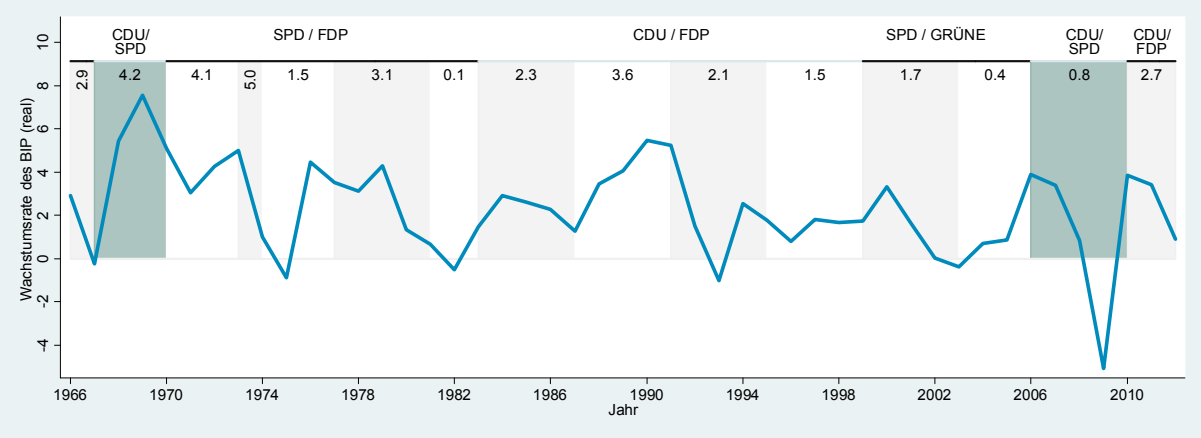
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1, Tabelle 1, bereinigte Ausgaben

Abbildung 7: Staatsverschuldung (Anteil am BIP; Gesamtstaat; 1950-2012)



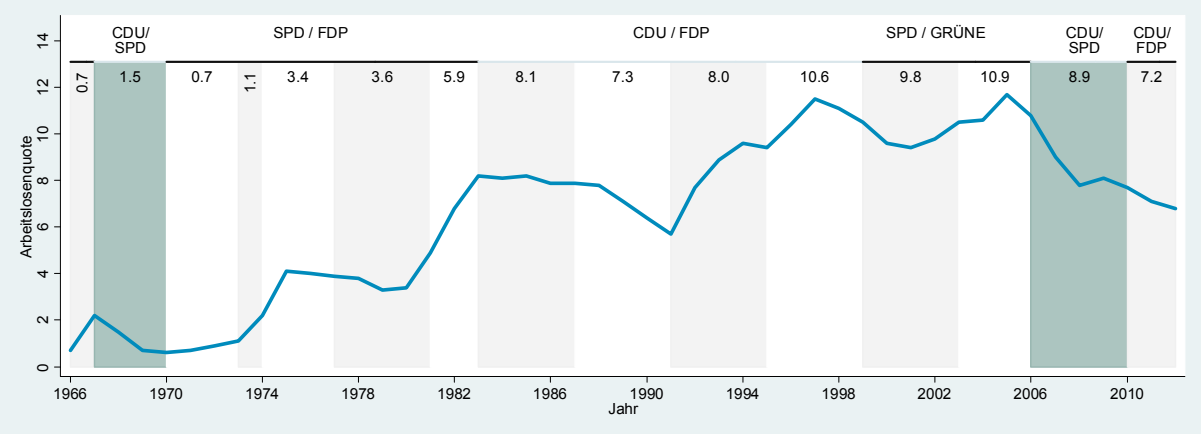
Quelle: Statistisches Bundesamt, Öffentliche Finanzen & Steuern

Abbildung 8: Wachstumsrate des BIP (real; 1966-2012)



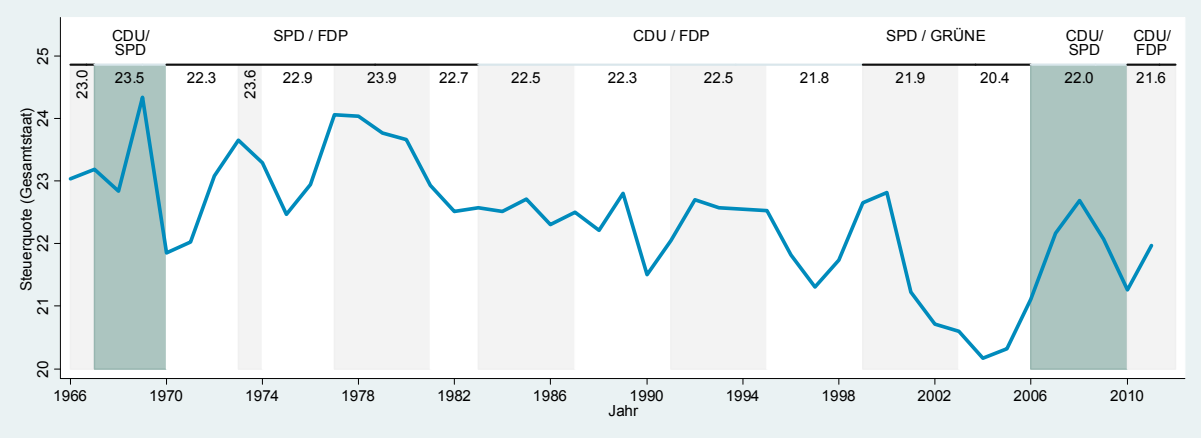
Quelle: Datastream: Main Economic Indicators, OECD

Abbildung 9: Arbeitslosenquote (1966-2012)



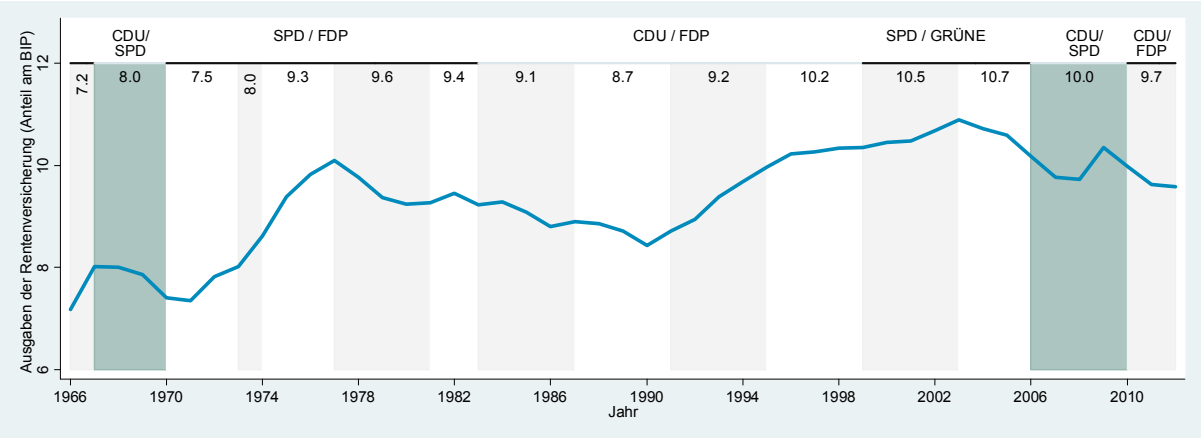
Quelle: Datastream: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 10: Steuerquote (Gesamtstaat; 1966-2011)



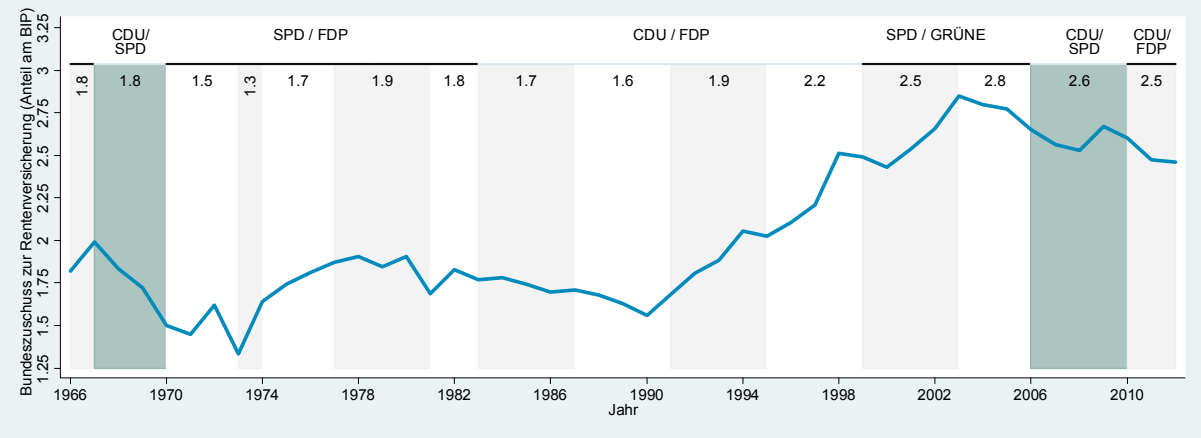
Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Sachverständigenrat, Kassenmäßige Steuereinnahmen

Abbildung 11: Ausgaben der Rentenversicherung (Anteil am BIP; 1966-2012)



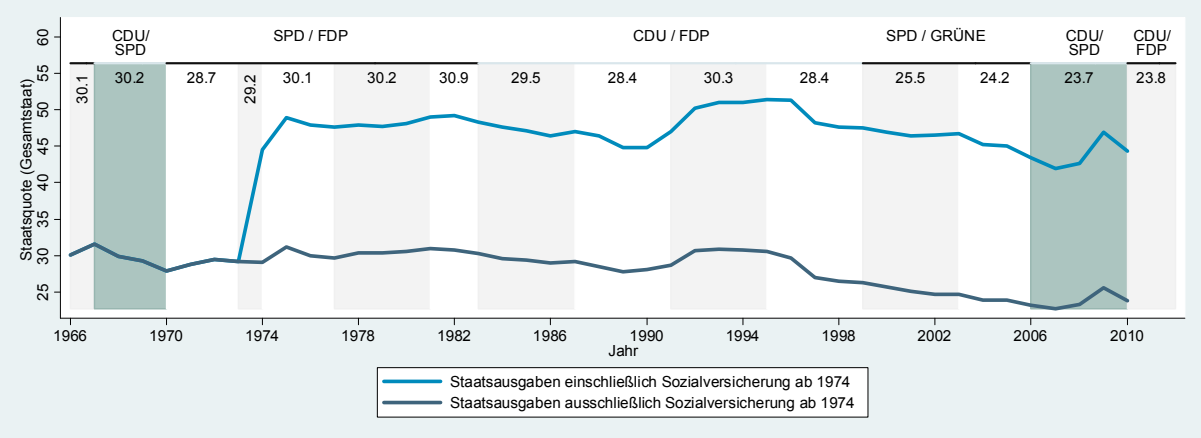
Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Abbildung 12: Bundeszuschuss zur Rentenversicherung (Anteil am BIP; 1966-2012)



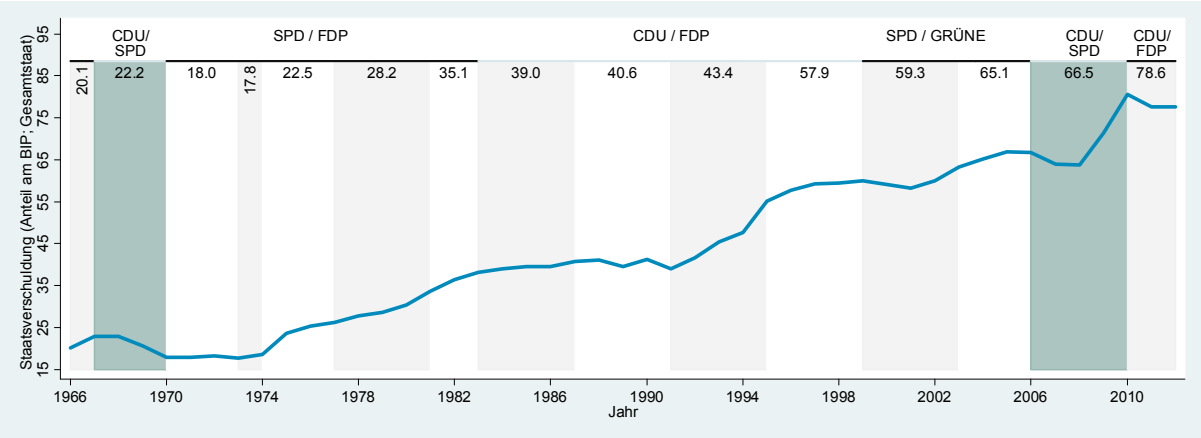
Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Abbildung 13: Staatsquote (Gesamtstaat; 1966-2010)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1, Tabelle 1, bereinigte Ausgaben

Abbildung 14: Staatsverschuldung (Anteil am BIP; Gesamtstaat; 1966-2012)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Öffentliche Finanzen & Steuern

Tabelle 1: Deskriptive Statistiken und Datenquellen

Variable	Periode	Beob.	Mittel	Std.-Abw.	Min	Max	Quelle
Wachstumsrate des BIP (real)	1961-2012	52	2,52	2,25	-5,07	7,56	Datastream: Main Economic Indicators, OECD
Arbeitslosenquote	1950-2012	63	6,07	3,62	0,60	11,70	Datastream: Bundesagentur fur Arbeit
Steuerquote (Gesamtstaat)	1950-2011	62	22,68	1,04	20,17	24,93	Bundesministerium der Finanzen, Sachverständigenrat, Kassenmäßige Steuereinnahmen
Ausgaben der Rentenversicherung (Anteil am BIP)	1957-2012	56	8,92	1,31	6,44	10,89	Statistik der Deutschen Rentenversicherung: Rechnungs-ergebnisse, verschiedene Jahrgänge
Bundeszuschuss zur Rentenversicherung (Anteil am BIP)	1957-2012	56	2,00	0,40	1,34	2,85	Statistik der Deutschen Rentenversicherung: Rechnungs-ergebnisse, verschiedene Jahrgänge
Staatsquote (Gesamtstaat)	1950/ 1955/ 1962-2010	51	42,35	8,16	27,84	51,42	Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1, Tabelle 1, bereinigte Ausgaben
Staatsverschuldung (Anteil am BIP; Gesamtstaat)	1950-2012	63	37,82	19,38	17,60	80,63	Statistisches Bundesamt, Öffentliche Finanzen & Steuern

Zur Berechnung der als Anteil am BIP dargestellten Variablen wurde das nominale BIP vom Statistischen Bundesamt verwendet.

Tabelle 2: Kennzahlenvergleich verschiedener Regierungstypen (in Prozent)

	Mittelwert			Varianz-analyse	Einzelne Tests		
	Links	Mitte	Rechts	F-Test	Links – Mitte	Rechts – Mitte	Links – Rechts
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Wachstumsrate des BIP	2,1	2,3	2,9	0,77 (0,47)	-0,14 (0,99)	0,67 (0,79)	-0,81 (0,50)
Arbeitslosenquote	5,6	5,7	6,4	0,34 (0,71)	-0,14 (1,00)	0,67 (0,91)	-0,80 (0,74)
Steuerquote	22,4	22,6	22,8	0,89 (0,41)	-0,19 (0,92)	0,20 (0,90)	-0,39 (0,42)
Ausgaben der Rentenversicherung	9,5	9,1	8,5	3,99** (0,02)	0,36 (0,81)	-0,65 (0,47)	1,01** (0,03)
Bundeszuschuss zur Rentenversicherung	2,0	2,3	1,9	2,67* (0,08)	-0,25 (0,36)	-0,37* (0,09)	0,12 (0,55)
Staatsquote	28,1	26,5	29,1	3,49** (0,04)	1,64 (0,30)	2,64** (0,05)	-1,00 (0,39)
Staatsverschuldung	37,7	47,5	36,0	1,03 (0,36)	-9,74 (0,52)	-11,49 (0,36)	1,75 (0,95)

*/**/*** implizieren das Verwerfen der Nullhypothese auf 10%-/5%-/1%-Signifikanzniveau. In Spalte (4) sind die Werte der F-Statistiken sowie in Klammern die p-Werte angegeben. In Spalten (5) bis (7) sind die jeweilige Differenz der Mittelwerte sowie in Klammern die p-Werte angegeben. Die p-Werte in Spalten (5) bis (7) beziehen sich auf den Test von Scheffé (1953).

Tabelle 3: Kennzahlenvergleich verschiedener Regierungstypen (Wachstumsraten in Prozent)

	Mittelwert			Varianz-analyse	Einzelne Tests		
	Links	Mitte	Rechts	F-Test	Links – Mitte	Rechts – Mitte	Links – Rechts
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Arbeitslosenquote	15,6	13,6	-5,4	2,48* (0,09)	1,96 (0,99)	-18,99 (0,45)	20,95 (0,12)
Steuerquote	-0,7	2,0	0,1	1,90 (0,16)	-2,69 (0,16)	-1,94 (0,34)	-0,75 (0,70)
Ausgaben der Rentenversicherung	1,1	1,1	0,5	0,17 (0,84)	-0,03 (1,00)	-0,65 (0,93)	0,62 (0,87)
Bundeszuschuss zur Rentenversicherung	1,2	-1,2	1,0	0,32 (0,72)	2,33 (0,74)	2,12 (0,77)	0,22 (0,99)
Staatsquote	-0,2	0,7	-0,9	0,67 (0,52)	-0,95 (0,82)	-1,67 (0,54)	0,72 (0,80)
Staatsverschuldung	3,8	1,6	1,9	0,52 (0,59)	2,20 (0,76)	0,39 (0,99)	1,81 (0,64)

*/**/*** implizieren das Verwerfen der Nullhypothese auf 10%-/5%-/1%-Signifikanzniveau. In Spalte (4) sind die Werte der F-Statistiken sowie in Klammern die p-Werte angegeben. In Spalten (5) bis (7) sind die jeweilige Differenz der Mittelwerte sowie in Klammern die p-Werte angegeben. Die p-Werte in Spalten (5) bis (7) beziehen sich auf den Test von Scheffé (1953).

Tabelle 4: Kennzahlenvergleich verschiedener Regierungstypen (in Prozent; ab 1966)

	Mittelwert			Varianz-analyse	Einzelne Tests		
	Links	Mitte	Rechts	F-Test	Links – Mitte	Rechts – Mitte	Links – Rechts
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Wachstumsrate des BIP	2,1	2,3	2,4	0,11 (0,89)	-0,14 (0,99)	0,19 (0,98)	-0,33 (0,90)
Arbeitslosenquote	5,6	5,7	7,9	2,73* (0,08)	-1,39 (1,00)	2,17 (0,34)	-2,32* (0,10)
Steuerquote	22,4	22,6	22,2	0,45 (0,64)	-0,19 (0,91)	-0,38 (0,67)	0,19 (0,82)
Ausgaben der Rentenversicherung	9,5	9,1	9,3	0,46 (0,64)	0,36 (0,71)	0,13 (0,96)	0,22 (0,77)
Bundeszuschuss zur Rentenversicherung	2,0	2,3	2,0	1,51 (0,23)	-0,24 (0,42)	-0,32 (0,23)	0,07 (0,86)
Staatsquote	28,1	26,5	28,9	2,33 (0,11)	1,64 (0,34)	2,41 (0,11)	-0,77 (0,64)
Staatsverschuldung	37,7	47,5	49,0	2,03 (0,14)	-9,74 (0,49)	1,51 (0,98)	-11,25 (0,17)

*/**/*** implizieren das Verwerfen der Nullhypothese auf 10%-/5%-/1%-Signifikanzniveau. In Spalte (4) sind die Werte der F-Statistiken sowie in Klammern die p-Werte angegeben. In Spalten (5) bis (7) sind die jeweilige Differenz der Mittelwerte sowie in Klammern die p-Werte angegeben. Die p-Werte in Spalten (5) bis (7) beziehen sich auf den Test von Scheffé (1953).

Tabelle 5: Kennzahlenvergleich verschiedener Regierungstypen (Wachstumsraten in Prozent; ab 1966)

	Mittelwert			Varianz-analyse	Einzelne Tests		
	Links	Mitte	Rechts	F-Test	Links – Mitte	Rechts – Mitte	Links – Rechts
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Arbeitslosenquote	15,6	13,6	2,3	0,57 (0,57)	1,96 (0,99)	-11,34 (0,82)	13,30 (0,59)
Steuerquote	-0,7	2,0	-0,2	1,85 (0,17)	-2,69 (0,18)	-2,23 (0,31)	-0,47 (0,91)
Ausgaben der Rentenversicherung	1,1	1,1	0,1	0,42 (0,66)	-0,03 (1,00)	-1,05 (0,82)	1,02 (0,70)
Bundeszuschuss zur Rentenversicherung	1,2	-1,2	1,4	0,33 (0,72)	2,33 (0,77)	2,52 (0,74)	-0,19 (1,00)
Staatsquote	-0,2	0,7	-1,2	0,86 (0,43)	-0,95 (0,83)	-1,96 (0,47)	1,01 (0,69)
Staatsverschuldung	3,8	1,6	3,2	0,27 (0,77)	2,20 (0,77)	1,63 (0,87)	0,56 (0,97)

*/**/*** implizieren das Verwerfen der Nullhypothese auf 10%-/5%-/1%-Signifikanzniveau. In Spalte (4) sind die Werte der F-Statistiken sowie in Klammern die p-Werte angegeben. In Spalten (5) bis (7) sind die jeweilige Differenz der Mittelwerte sowie in Klammern die p-Werte angegeben. Die p-Werte in Spalten (5) bis (7) beziehen sich auf den Test von Scheffé (1953).

Ifo Working Papers

No. 171 Lehmann, R. and K. Wohlrabe, Forecasting gross value-added at the regional level: Are sectoral disaggregated predictions superior to direct ones?, December 2013.

No. 170 Meier, V. and I. Schiopu, Optimal higher education enrollment and productivity externalities in a two-sector-model, November 2013.

No. 169 Danzer, N., Job Satisfaction and Self-Selection into the Public or Private Sector: Evidence from a Natural Experiment, November 2013.

No. 168 Battisti, M., High Wage Workers and High Wage Peers, October 2013.

No. 167 Henzel, S.R. and M. Rengel, Dimensions of Macroeconomic Uncertainty: A Common Factor Analysis, August 2013.

No. 166 Fabritz, N., The Impact of Broadband on Economic Activity in Rural Areas: Evidence from German Municipalities, July 2013.

No. 165 Reinkowski, J., Should We Care that They Care? Grandchild Care and Its Impact on Grandparent Health, July 2013.

No. 164 Potrafke, N., Evidence on the Political Principal-Agent Problem from Voting on Public Finance for Concert Halls, June 2013.

No. 163 Hener, T., Labeling Effects of Child Benefits on Family Savings, May 2013.

No. 162 Bjørnskov, C. and N. Potrafke, The Size and Scope of Government in the US States: Does Party Ideology Matter?, May 2013.

No. 161 Benz, S., M. Larch and M. Zimmer, The Structure of Europe: International Input-Output Analysis with Trade in Intermediate Inputs and Capital Flows, May 2013.

No. 160 Potrafke, N., Minority Positions in the German Council of Economic Experts: A Political Economic Analysis, April 2013.

No. 159 Kauder, B. and N. Potrafke, Government Ideology and Tuition Fee Policy: Evidence from the German States, April 2013.

No. 158 Hener, T., S. Bauernschuster and H. Rainer, Does the Expansion of Public Child Care Increase Birth Rates? Evidence from a Low-Fertility Country, April 2013.

No. 157 Hainz, C. and M. Wiegand, How does Relationship Banking Influence Credit Financing? Evidence from the Financial Crisis, April 2013.

No. 156 Strobel, T., Embodied Technology Diffusion and Sectoral Productivity: Evidence for 12 OECD Countries, March 2013.

No. 155 Berg, T.O. and S.R. Henzel, Point and Density Forecasts for the Euro Area Using Many Predictors: Are Large BVARs Really Superior?, February 2013.

No. 154 Potrafke, N., Globalization and Labor Market Institutions: International Empirical Evidence, February 2013.

No. 153 Piopiunik, M., The Effects of Early Tracking on Student Performance: Evidence from a School Reform in Bavaria, January 2013.

No. 152 Battisti, M., Individual Wage Growth: The Role of Industry Experience, January 2013.

No. 151 Röpke, L., The Development of Renewable Energies and Supply Security: A Trade-Off Analysis, December 2012.

No. 150 Benz, S., Trading Tasks: A Dynamic Theory of Offshoring, December 2012.

No. 149 Sinn, H.-W. und T. Wollmershäuser, Target-Salden und die deutsche Kapitalbilanz im Zeichen der europäischen Zahlungsbilanzkrise, Dezember 2012.

No. 148 Nagl, W., Better Safe than Sorry? The Effects of Income Risk, Unemployment Risk and the Interaction of these Risks on Wages, November 2012.

No. 147 Mang, C., Online Job Search and Matching Quality, November 2012.

No. 146 Link S., Single-Sex Schooling and Student Performance: Quasi-Experimental Evidence from South Korea, October 2012.